

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat Renningen zum städtischen Haushalt 2026

Sehr geehrte Bürgermeisterin Frau Hettmer,
sehr geehrter Erster Beigeordneter Herr Müller,
verehrte Mitglieder der Stadtverwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
verehrte VertreterInnen der Presse,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Haushaltsslage wird im dritten Jahr in Folge schwieriger, wir schaffen erneut keinen ausgeglichenen Ergebnishaushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung wird uns das auch bis 2028 nicht mehr gelingen. Das bedeutet, wir leben über unsere Verhältnisse, wir können Aufwendungen und Abschreibungen nicht erwirtschaften!

Erfreulicherweise ist zwar für 2025 ein besserer Abschluss zu erwarten, als kalkuliert war, aber trotzdem beträgt das Defizit noch 2 bis 2,5 Mio. Euro. Und was noch besorgniserregender ist: die Verbesserung entsteht neben hohen Gewerbesteuernachzahlungen durch reduzierte Ausgaben beim Bauunterhalt und nicht besetzte Planstellen! Dadurch wurden 2025 18 Mio. Euro investive Mittel im Baubereich nicht abgerufen. Das ist keine Einsparung, die Investitionen sind nur verschoben. Durch die Überlastung des Fachbereichs werden alle unsere aktuellen Großbaustellen deutlich später fertig und sehr viel teurer als geplant.

Diese Mehrkosten belasten den städtischen Haushalt massiv.

Die angestrebte Haushalts-Konsolidierung muss auf zwei Säulen basieren:

1. Konsequentes Sparen

Wir müssen gezielt nach dauernden Einsparmöglichkeiten suchen, ohne dass wir das Rasenmäherprinzip anwenden.

Nach kompletter Neuausrichtung und deutlicher Stellenergänzung im Fachbereich Planen-Technik-Bauen müssen die bestehenden Bauprojekte jetzt vorangetrieben werden, da sonst noch höhere Mehrkosten drohen.

Es ist nicht die Zeit für Leuchtturmpunkte, stattdessen müssen wir grundsätzlich am Bedarf entlang planen und vor allem überwachen und fertig stellen. Darüber hinaus müssen auch alle geplanten Bauprojekte auf den Prüfstand. Wenn der Bedarf sich ändert oder die Kosten den vorgegebenen Rahmen sprengen, muss ein geplantes Projekt, wie kürzlich die Kita Korngäustrasse, gestoppt werden. Unter dieser Prämisse werden wir auch das Projekt Neues Rathaus sehr genau prüfen und kritisch hinterfragen!

Es kann keine weitere kontinuierliche Stellenmehrung geben. Bereits jetzt stehen fast 29 Mio. Euro Personalausgaben im Haushalt. Ganz ohne Stellenzuwachs, allein durch Tarifabschlüsse, werden diese bereits in zwei Jahren die 30 Mio. Grenze überschreiten. Die hohen Personalaufwendungen sind unter anderem durch ein „überdurchschnittlich großes Aufgabenspektrum für unsere Stadtgröße“ begründet.

Hier halten wir eine ehrliche Aufgabenkritik für unumgänglich. Stellenzuwachs sollte es nur noch für Pflichtaufgaben ohne Overheadstellen geben. Das darf nicht auf Kosten der bestehenden MitarbeiterInnen gehen, die sehr wertvolle Arbeit leisten. Vielmehr halten wir es für notwendig, zu prüfen, ob durch Umstrukturierung und Digitalisierung eine relevante Effizienzsteigerung und Fokussierung auf das Wesentliche möglich ist.

Um unsere Sparziele zu erreichen, wird es viel Erklärungsbedarf für unsere BürgerInnen und städtischen MitarbeiterInnen geben. Wir haben uns alle an den „Renninger Standard“ gewöhnt, der in guten Zeiten über die reine Notwendigkeit und Pflichtaufgaben hinaus möglich war und durchaus auch wünschenswert ist, aber in Anbetracht der nackten Zahlen werden wir diesen Standard überdenken müssen.

Es wird Verzicht erfordern, Ansprüche werden sinken müssen und an mancher Stelle werden unsere BürgerInnen auch wieder mehr Eigenverantwortung übernehmen müssen.

Aber wir sind überzeugt: Der große Zusammenhalt innerhalb der Renninger und Malmsheimer Bürgerschaft und ein bekannt hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement wird uns helfen diese Krise zu meistern.

Wir können jedoch nicht einfach in allen Bereichen pauschal streichen.

Der Bauunterhalt ist nicht dauerhaft zu vernachlässigen, sonst verstärkt sich der bereits bestehende Sanierungsstau jährlich weiter, ganz ungeachtet der Notwendigkeit unsere städtischen Gebäude energetisch zu sanieren, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen.

Die Zukunft des Pflegeheims in Renningen ist immer noch ungelöst! Das ist an sich keine ureigene städtische Aufgabe. Aber im Sinne unserer pflegebedürftigen BürgerInnen und ihrer Angehöriger haben wir ein hohes Interesse daran, dass unsere Pflegeheime in Renningen und Malmsheim baulich und personell gut ausgestattet sind.

Hier gilt es so viel Einfluss wie möglich zu nehmen, um das zu gewährleisten.

Auch das Betreute Wohnen in Malmsheim muss trotz schwieriger Finanzlage vorangebracht werden, bezahlbare Plätze fehlen am Ort.

Und das sind nur einige Beispiele.

Sparen allein genügt nicht, zu groß sind die Pflichtaufgaben, zu gering deren Finanzierung durch Bund und Land.

Deshalb brauchen wir als zweite Säule:

2. Mehreinnahmen

Aber wo sind Mehreinnahmen überhaupt möglich? So viel gleich vorab: Die Möglichkeiten sind begrenzt.

Eine Grundsteuererhöhung halten wir nicht für sinnvoll. Durch die Grundsteuerreform wurden viele Bürger bereits zusätzlich belastet und eine weitere Erhöhung würde die Wohnkosten für alle steigern. Das Problem des fehlenden bezahlbaren Wohnraums wird dadurch noch zusätzlich verschärft.

Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass auch die Verbrauchsgebühren (Wasser und Abwasser) kontinuierlich steigen. Das ist übrigens keine „Einnahmequelle“, hier darf die Stadt nur ihre Vorabaufwendungen abrechnen.

Und die regelmäßige Instandhaltung und Sanierung der Wasser- und Abwasserleitungen belastet den Haushalt der städtischen Eigenbetriebe zusätzlich mit hohen Investitionskosten, aber Wasser ist kostbar und teuer. Verluste zu minimieren und die Versorgung sicherzustellen hat daher höchste Priorität.

Leider konnte die Neukalkulation der Wassergebühren aus Überlastungsgründen und wegen fehlender Jahresabschlüsse erst sehr zeitverzögert erfolgen, was zu rückwirkenden Gebührenerhöhungen und Unmut führte. Deshalb ist die Neukalkulation der Abwassergebühren zeitnah notwendig, damit sich das 2026 nicht wiederholt.

Die zweite relevante Steuer im Haushalt ist die Gewerbesteuer, auch hier können wir keine Erhöhung befürworten:

Unsere Betriebe kommen seit Jahren noch vergleichsweise gut durch die Krisen, was sich auch 2025 wieder durch hohe Gewerbesteuernachzahlungen zeigte. Diese sind aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation in den nächsten Jahren nicht mehr in dieser Höhe zu erwarten. Und unsere Betriebe sind nicht unendlich belastbar. Eine Gewerbesteuererhöhung würde bestehende Betriebe in wirtschaftlich schwieriger Situation zusätzlich belasten und ist ein Hindernis für Neuansiedlungen.

Neuansiedlungen sind darüber hinaus aktuell kaum möglich, da keine Gewerbeflächen in städtischem Besitz mehr verfügbar sind. Deshalb soll das bestehende Gewerbegebiet Renningen-Süd mit guter Anbindung an die Bundesstraße B295, erweitert werden.

Die Wirtschaftsförderung sollte zusätzlich den Kontakt zu Besitzern von Gewerbegrundstücken im Renninger Norden, die entweder seit Jahren ungenutzt sind oder aufgrund der wirtschaftlichen Lage aktuell frei werden, suchen, um gegebenenfalls zu vermitteln, falls kurzfristig Interesse besteht.

Welche neuen Einnahmequellen gibt es also:

Hier kommen Pachteinnahmen durch die Verpachtung städtischer Flächen für einen Windpark ins Spiel. Da es sehr viele kritische Stimmen hierzu gibt, die teilweise auch nicht den tatsächlichen Sachstand wiedergeben, möchte ich unsere Argumente abschließend kurz erläutern:

2023 standen wir alle unter dem Eindruck des Ukrainekrieges und der damit verbundenen Energiekrise. Die allgemeine Stimmung war geprägt davon, möglichst schnell unabhängig zu werden von Erdgas und auch Erdöl. In dieser Situation machten wir uns auf den Weg und erarbeiteten mit Bürgerbeteiligung ein Klimaschutzkonzept, das unter intensiver Abwägung der Vor- und Nachteile explizit die Windkraft als tragende Säule beinhaltete. Nach Verabschiedung wurde es unverzüglich veröffentlicht. Basierend auf dem Klimaschutzkonzept gründete sich eine Bürgerwindinitiative und warb öffentlich um ihr Windparkkonzept.

Parallel berieten wir im Gemeinderat intensiv über die vorgelegten Konzepte mehrerer Windparkbetreiber und Projektierer. Die Vertragsentwürfe durften nur nichtöffentlich beraten werden, da sie Betriebsgeheimnisse enthielten, aber die Ergebnisse wurden unverzüglich den gesetzlichen Vorgaben entsprechend öffentlich kommuniziert.

2024 dann die Kommunalwahl. Hier standen alle BewerberInnen für Nachfragen zur Verfügung. Wir Freien Wähler hatten sogar einen Informationsstand zur Windkraft, bereits damals mit Karten zu geplanten Standorten, basierend auf öffentlich zugänglichen Plänen zu den Vorranggebieten der Region Stuttgart. Das Interesse der BürgerInnen an Informationen und Diskussion war sehr verhalten.

Umso mehr erstaunt und befremdet uns der Vorwurf, wir hätten im Geheimen gehandelt.

Aufgrund des Kommunalwahlergebnisses und der geringen Rückmeldung aus der Bürgerschaft, sahen wir keinen Grund eine gesonderte Bürgerbefragung durchzuführen. Was wir aber offensichtlich unterschätzt haben, ist die Sorge einiger Bürgerinnen um unseren Wald.

Ob ein Windpark im Renninger Wald gebaut wird, muss sich im Verlauf zeigen. Die Rentabilität wird berechnet, wenn verlässliche Daten auf Grundlage der Windmessung und der Einspeisevergütung vorliegen. Vorher wird kein Baum für den Windpark gefällt! Und auch wenn gebaut wird, wird unser Förster auf einen möglichst schonenden Umgang mit unserem wertvollen Wald achten. Fakt ist aber, dass sich der Wald im steten Wandel befindet, dieser Wandel wird aktuell schon durch Klimaeinflüsse beschleunigt. Die Klimaschäden durch Trockenheit und Schädlinge sind schlechter steuerbar als die Schäden beim Bau eines Windparks.

Fakt ist auch, dass in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation die Pachteinnahmen aus einem Windpark die Umsetzung so mancher städtischer Vorhaben sichern und damit alle BürgerInnen davon profitieren könnten. Das Geld der Stadt ist das Geld ihrer BürgerInnen und unsere Aufgabe ist es, es so zu verteilen, dass möglichst viele davon profitieren!

Ob das Ergebnis des Bürgerbegehrens zu einem Bürgerentscheid führen wird, geben die gesetzlichen Rahmenbedingungen vor. Auf jeden Fall wünschen wir uns sachliche, faktenbasierte Diskussionen und ein faires Miteinander.

Damit komme ich mit zwei Haushaltsanträgen zum Schluss meiner Ausführungen.

1. Wir beantragen die konkrete Bestandsaufnahme inklusive Kalkulation des Sanierungsbedarfs aller städtischen Liegenschaften, Gebäude und Brücken im ersten Halbjahr 2026, sowie der Straßen und Kanäle im Laufe des Jahres.
2. Wir beantragen die zeitnahe Vorlage der fehlenden Jahresabschlüsse, um die Situation der städtischen Finanzen präziser erfassen zu können.

Frau Hettmer, Herr Müller, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, wir möchten uns bei Ihnen und allen, die an der Haushaltserstellung mitgewirkt haben, bedanken und stellen unsere Zustimmung in Aussicht.

Wir freuen uns auf gute und konstruktive Haushaltsberatungen.

Es steht uns ein schwieriges Jahr bevor. Aber wir wollen uns mit Zuversicht den Aufgaben stellen.

Und so wünsche ich uns allen ein gesundes und friedliches Neues Jahr mit viel Freude an unserer gemeinsamen Aufgabe, uns zum Wohle der Renninger BürgerInnen einzusetzen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit